Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 49 (1969-1970)
Heft: 8

Artikel: Innenpolitische Rundschau
Autor: Spectator
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-162342

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

gung gegenüber rechts und links scheint dem neuen Herrn im Elysée der einzig gangbare Weg zu sein, um für die dringend notwendigen Reformprojekte im Innern genügend Zeit zu gewinnen.

Mahnmal Prag

Die neue Aktivität in den Bemühungen um eine Entspannung zwischen Ost und West – eine Aktivität, die vor allem von westeuropäischer Seite ausgeht – spielt sich gerade in einem Zeitpunkt ab, da die Sowjetunion in der *Tschechoslowakei* erneut deutlich gemacht hat, dass sie entschlossen ist, innerhalb des eigenen Machtbereiches alle Befürworter eines von den Intentionen Moskaus abweichenden Kurses auszuschalten und mundtot zu machen. Die beiden profiliertesten Vertreter des Reformflügels der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, *Alexander Dubcek* und *Josef Smrkovsky*, sind Mitte Oktober weiter zurückgestuft worden und haben nun auch ihre parlamentarischen Ämter verloren. Man mag dies nur als die logische Folge des sowjetischen Vorgehens bezeichnen, das von Anfang an darauf angelegt war, in der CSSR weniger durch spektakuläre Massnahmen als durch ein schrittweises Zurückdrängen der Reformer zu den Zuständen vor dem Januar 1968 zurückzukehren. Spätestens seit dem 17. April 1969, als Dubcek seiner Funktionen als Generalsekretär der Partei enthoben wurde, sind die Weichen gestellt worden, die zu den heutigen personellen Änderungen führten. Mit Bangen stellt man sich die Frage, ob damit für Dubcek und Smrkovsky wie auch für die vielen anderen Befürworter einer liberaleren Haltung des Regimes nun das Ende der Demütigungen gekommen sei oder ob die Entwicklung in der CSSR in eine neue schreckliche Periode der Säuberungen einmünde, wie sie die Sowjetunion in den späten dreissiger Jahren erlebte und wie sie sich, nicht minder brutal und makaber, zwischen 1948 und 1952 in den osteuropäischen Satellitenländern wiederholte. Die Eilfertigkeit, mit der die neue Führung in der Tschechoslowakei heute den sowjetischen Herren nach dem Munde redet – wie etwa Ministerpräsident *Cernik* im Parlament –, eröffnet düstere Perspektiven.

Fabius

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Rücktritt unserer Aussenminister

Die innenpolitische Szene der letzten Wochen war durch die zwei Rücktritte aus dem Bundesrat beherrscht. Mit Dr. Willy Spühler und Dr. Hans Schaffner scheiden gewissermassen unsere beiden Aussenminister aus der Landesregierung. Diese Formulierung stellt keine Herabminderung des nominellen Aussenministers und Leiters des Politischen Departements dar. Sie widerspiegelt lediglich einen realen Sachverhalt: Aussenpolitik hat heutzutage nicht mehr allein die zwischenstaatlichen Beziehungen im völkerrechtlichen Sinne zum Gegenstand; sie umfasst darüber hinaus auch den weiteren Bereich der Aussen*handels*beziehungen, der in den letzten 15 Jahren durch die integrationspolitischen Dimensionen in Europa für einen Kleinstaat wie den unsrigen geradezu lebenswichtige Bedeutung bekommen hat.

Zwar ist das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement weit davon entfernt, nur Aussenhandelsdepartement zu sein. Davon weiss gerade Dr. Hans Schaffner ein Lied zu singen. Allein schon die Landwirtschaftsabteilung wäre im Grunde ein Vollamt. Aber auch Problemkreise wie die Konjunkturpolitik stellen ausserordentliche Anforderungen. So ist es nicht verwunderlich, dass das Volkswirtschafts-

departement im Rufe steht, seine Vorsteher einem kaum noch zu verantwortenden Verschleiss an physischen und seelischen Kräften auszusetzen. Auch Bundesrat Schaffner, der immerhin fast neun Jahre durchgehalten hat, musste dem Amt schliesslich seinen Tribut zollen: Sein Rücktritt erfolgte auf dringenden Rat der Ärzte.

Obwohl Bundesrat Schaffner auf allen Gebieten seines weitschichtigen Departementes im wahrsten Sinne des Wortes seinen Mann stellte, wird er aber doch wohl vor allem als Aussenpolitiker in die Geschichte des Landes eingehen. Als langjähriger Direktor der Handelsabteilung und virtuoser Unterhändler auf internationaler Ebene war er anfangs der sechziger Jahre, als es galt, in der europäischen Integrationspolitik einen zielsicheren Kurs zu steuern, geradezu prädestiniert für das Volkswirtschaftsdepartement, bei dem die Hauptlast der Integrationspolitik konzentriert war. Hatte Dr. Schaffner schon als Minister wesentlich zum Aufbau und zur Konsolidierung der EFTA beigetragen, so machte er sich nun mit doppelter Energie daran, der «Kleinen Freihandelszone» endgültig zum Erfolg zu verhelfen. Es ist weitgehend das Verdienst Hans Schaffners, dass die Stimme der Schweiz so viel Gewicht erhielt und dass es gelang, eine integrationspolitische Isolierung zu vermeiden. Sein Nachfolger wird auf soliden Fundamenten weiterbauen können. Denn nach anfänglichen Schwierigkeiten ist es Bundesrat Schaffner und seinem Team in den allerletzten Jahren gelungen, auch mit den Exponenten der EWG wenigstens so weit ins reine zu kommen, dass künftige Verhandlungen ohne allzu grosse Reibungsverluste über die Bühne gehen sollten.

Geglückte Arbeitsteilung

Nachdem die Aussenhandels- und Integrationspolitik in so guten Händen war, konnte sich Bundesrat Spühler, der 1966 vom Post- und Eisenbahndepartement ins Aussenministerium gewechselt hatte, voll auf andere Aufgaben konzentrieren. Er hat dies mit Auszeichnung getan. Diese Feststellung ist um so erfreulicher, als Dr. Willy Spühler – man darf dies heute ruhig sagen – bei Amtsantritt mit wenig Vorschusslorbeeren bedacht worden war. Man war in weiten Kreisen geneigt, in ihm eher eine Übergangslösung zu sehen. Doch es kam anders. Er verwaltete nicht nur umsichtig das Erbe seiner Vorgänger, der Bundesräte Petitpierre und Wahlen. In seiner Amtszeit entstanden mit dem Bericht über das Verhältnis der Schweiz zu den UN und der Studie über den Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention auch Dokumente grundlegender Art, die hohe Anerkennung fanden und die jedes in seiner Art zukunftweisend sein dürften. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass in bezug auf die Menschenrechtskonvention nicht alles nach Wunsch des Aussenministers verlaufen ist. Studie und Parlamentsdebatten bilden so oder so einen aussenpolitischen Markstein.

Ob dem *Aussenminister* Spühler hat man fast den Post- und Eisenbahnminister vergessen. In die fünf Jahre seines Wirkens fiel eine grundlegende Reorganisation dieses Departements. Auch die PTT-Spitze wurde in dieser Zeit umgeformt, und das SBB-Gesetz wurde einer Revision unterzogen. So kann Bundesrat Spühler auf ein eindrückliches Lebenswerk zurückblicken.

Abschied von der bisherigen Aussenpolitik?

Unsere beiden Aussenminister werden also abgelöst. Bedeutet dies zugleich eine Zäsur in der Aussenpolitik selbst? Man ist geneigt, diese Frage zu bejahen, wenn auch nicht in dem Sinne, dass nun andere Männer mit anderen Programmen ans Ruder kämen. Die schweizerische Aussenpolitik war bisher aus dem innenpolitischen Kampf weitgehend ausgeklammert. Es bestand zwischen den Parteien eine Art stillschweigender Übereinkunft, dass die Aussenbeziehungen nicht zum internen Zankapfel werden sollten, dass vielmehr auf eine Unité de doctrine auszugehen sei, um unsere Stellung der Umwelt gegenüber nicht unnötig durch inneren Zwiespalt zu schwä-

chen. Diese grundsätzliche Verhaltensweise kam auch in der jüngsten aussenpolitischen Debatte über den UN-Bericht wieder deutlich zum Ausdruck. Und daran wird sich wohl auch künftig nicht so rasch etwas ändern, obwohl es dringend nötig wäre, dass die Bundesversammlung sich stärker mit der Aussenpolitik beschäftigen würde als bis anhin.

Wenn sich das Parlament aus Gründen der Staatsräson diszipliniert davor hütet, aussenpolitische Sonderzüglein zu starten, so gilt dies traditionsgemäss in noch viel höherem Masse vom Bundesrat. Für Experimente ist in der kleinstaatlichen Aussenpolitik eines neutralen Landes kein Raum. Trotzdem dürfte das nächste Dezennium wesentlich andere Akzente erhalten als das letzte. War Bundesrat Schaffner ein «EFTA-Politiker», so wird sein Nachfolger notgedrungen eher ein «EWG-Politiker» sein müssen. Nach der Vollendung des EFTA-Programms geht es nun darum, auch mit Brüssel in verbindlichere Gespräche zu kommen. Und was die nichtwirtschaftliche Aussenpolitik betrifft, so wird der Nachfolger Bundesrat Spühlers mit dem UN-Problem ein hängiges Traktandum zu übernehmen haben, das zwar nicht gleich morgen, aber vielleicht übermorgen in eine grundsätzliche Weichenstellung ausmünden wird, die angesichts ihrer Tragweite sehr viel zu reden geben und die von der Regierung ein grosses Mass an Führungsgeschick erheischen dürfte.

Unwürdige Machenschaften?

Rund um die Rücktritte und die Nachfolgeprobleme hat es Nebengeräusche gegeben, die da und dort sehr kritischen Kommentaren riefen. Tatsache ist, dass der zuerst erfolgte Rücktritt Bundesrat Schaffners eine Kettenreaktion ausgelöst hat, die man fast als zwangsläufig bezeichnen muss: Bundesrat Spühler, der sonst wahrscheinlich noch einige Monate länger im Amte ausgeharrt hätte, reichte ebenfalls seinen Rücktritt ein, um mehr Spielraum bei der Kandidatenauslese zu schaffen. Darüber hinaus sah sich Bundesrat Bonvin zu einem Interview im welschen Radio veranlasst, in dem er andeutete, dass von seiner Partei Druck ausgeübt worden sei, um ihn ebenfalls zum Rückzug aus der Regierung zu bewegen.

Das alles sind Dinge, die fürs Auge nicht gerade schön wirken. Sie tragen auch sicherlich dazu bei, die Parteien noch stärker in den Geruch der Kulissenschieberei und Manipulation zu bringen. Auf der andern Seite muss man doch wohl zur Kenntnis nehmen, dass man halt nicht alles haben kann. Nach dem Willen des Volkes haben wir eine verhältnismässig kleine Kollegialregierung, die ausserdem nach den Bedürfnissen des Föderalismus und des Minderheitenschutzes zusammengesetzt sein muss. Seit bald dreissig Jahren sind darüber hinaus auch sämtliche grossen Landesparteien im Bundesrat vertreten. So führen Einervakanzen manchmal zu fast unlösbaren Problemen.

Abgesehen von der Eliminierung der verfassungsmässig verankerten, im Zeitalter der Binnenwanderung aber endgültig überholten Bestimmung, wonach aus einem Kanton gleichzeitig nur ein Vertreter resp. Kantonsbürger in den Bundesrat Einsitz nehmen darf, lässt sich deshalb an den gegebenen Verhältnissen kaum etwas ändern, es sei denn, man nehme eine grundlegende Änderung des Regierungssystems vor. Solange wir an der Vielparteienregierung in Form der nach regionalen Gesichtspunkten zusammengesetzten Kollegialbehörde festhalten, sind wir darauf angewiesen, dass die Bundesräte ihre Rücktrittsabsichten nach Möglichkeit so koordinieren, dass keine Einervakanzen entstehen. Dabei wird es trotzdem nicht zu verhindern sein, dass hin und wieder an sich befähigte Anwärter der Konstellation zum Opfer fallen und übergangen werden müssen. Das ist der Preis für ein Regierungssystem, das im übrigen nach wie vor viele unbestrittene Vorzüge aufweist.

Konjunkturpolitik auf freiwilliger Basis?

Zu einer Zeit, da sich die amerikanische Regierung zu harten Interventionen für die

Bekämpfung der Inflation veranlasst sieht, ist der schweizerische Nationalrat davor zurückgeschreckt, der Notenbank durch eine entsprechende Gesetzesrevision mehr Einflussmöglichkeiten zu eröffnen. Er verzichtete in der Herbstsession darauf, auf die Vorlage des Bundesrates einzutreten, und gab damit der bereits in Kraft getretenen privatrechtlichen Vereinbarung zwischen der Bankiervereinigung und der Nationalbank den Vorzug. Es würde überraschen, wenn der Ständerat in der Dezembersession einen andern Entscheid fällte.

So sympathisch die zustande gekommene freiwillige Vereinbarung berührt – die Frage bleibt vorläufig offen, ob es den Banken tatsächlich gelingen werde, die vorgesehenen währungs- und kreditpolitischen Handhaben ohne staatliche Sanktionen funktionsfähig zu erhalten. Ein Rahmenvertrag besitzt nun einmal nicht die gleiche Autorität wie ein Gesetz, und vor allem bleibt er gegenüber Aussenseitern nicht wirksam. Die Befürworter dieser Lösung weisen anderseits nicht zu Unrecht darauf hin, dass die privatrechtliche Vereinbarung *sofort* wirksam wurde, während das Gesetz noch weiter hätte erdauert werden müssen, um womöglich am Schluss durch das Referendum zu scheitern. Immerhin wird es zweckmässig sein, die Gesetzesrevision in Reserve zu halten.

Deutsch und Welsch

Es war vor und während des Ersten Weltkrieges, als das Wort vom «Malaise» aufkam. Anders als heute bezeichnete es damals nicht ein allgemeines, sondern ein sehr spezielles Unbehagen: die Entfremdung zwischen Deutsch und Welsch. Inzwischen ist der «Graben» jener Zeit einigermassen überdeckt worden. Auch wenn es hie und da zu Polemiken über die Saane hinweg kommt, so kann keine Rede mehr sein von jenen schroffen Gegensätzen, welche durch das «Malaise» charakterisiert wurden. Heutzutage ist eher das Gegenteil der Fall: Aus dem ehemaligen Gegeneinander ist ein fast beziehungsloses Nebeneinander geworden, das dem Geist eines eidgenössischen Gemeinwesens ebensowenig entspricht und die Tendenz zu einem gefährlichen Auseinanderleben in sich birgt.

Unter diesen Umständen ist es sehr verdienstlich, dass immer mehr Kantone und andere öffentliche Körperschaften bestrebt sind, bilaterale offizielle Kontakte zu organisieren. Allein in diesem Herbst war dies zweimal der Fall: Am Lausanner Comptoir war der Kanton Zürich zu Gast, an der Sankt Galler Olma der Kanton Wallis. Wenn es auch meist bei Behördenkontakten bleibt und kaum die Rede von Besuchsaustausch auf breiterer Basis sein kann, so sind solche Veranstaltungen durch ihre Ausstrahlung über Presse, Radio und Fernsehen doch äusserst wertvoll. Sie bilden einen Beitrag dazu, aus dem Nebeneinander ein Miteinander werden zu lassen.

Spectator

WIRTSCHAFTSCHRONIK

Währungsfonds und Weltbank

Anfangs Oktober ist die Jahrestagung der *Weltbank* und des *Internationalen Währungsfonds* (IMF), der sogenannten Bretton-Woods-Institute, in Washington über die Bühne gegangen. Diese Tagung, an der sich die Finanzminister und Notenbankgouverneure zahlreicher Länder treffen, gehört zu den wichtigen wirtschaftlichen Ereignissen im Jahresablauf; sie befasst sich, der Natur dieser Institute entsprechend, primär mit Währungsfragen und Entwicklungsproblemen. Die überragende Bedeutung dieses Zusammentreffens liegt indessen weniger in der gewissenhaften Erfüllung eines fixen